

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

— Nr. 22. —

(Nr. 5886.) Allerhöchster Erlass vom 25. April 1864., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die Unterhaltung der auf den Kreis Höxter übergegangenen Strecken der Cöln-Berliner und der Brakel-Steinheimer Staatsstraßen.

Auf Ihren Bericht vom 19. April d. J. will Ich unter Genehmigung des Beschlusses der Stände des Kreises Höxter vom 12. Oktober v. J. bezüglich der chausseemäßigen Unterhaltung der in Folge Meines Erlasses vom 11. Februar 1861. auf den Kreis übergegangenen Strecken der Cöln-Berliner und Brakel-Steinheimer Staatsstraßen auf Kosten des Kreises und der Verpflichtung der angrenzenden Gemeinden zur unentgeltlichen Anfuhr des Ersatzmaterials, dem Kreise Höxter das Recht zur Entnahme des Chausseebau- und Unterhaltungs-Materials, nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßenstrecken und zugleich das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den anderthalbfachen Säzen und nach den sonstigen Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chaussee-geld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, mit dem Vorbehalte der Herabsetzung auf die einfachen Säze des Tarifs nach Ablauf von je sechs Jahren hierdurch verliehen. Auch sollen die dem Chaussee-geld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen auf die gedachten Straßenstrecken zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 25. April 1864.

Wilhelm.

v. Bodelschingh. Gr. v. Izenpliz. Gr. zu Eulenburg.

An den Finanzminister, den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Minister des Innern.

(Nr. 5887.) Allerhöchster Erlass vom 25. April 1864., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Ausbau und die Unterhaltung der Straßen im Kreise Ragnit, Regierungsbezirk Gumbinnen: 1) von Tussainen an der Tilsit-Gumbinner Staatsstraße über Lobellen und Neu-Eggleninken bis zur Pillkaller Kreisgrenze in der Richtung auf Lasdehnen, 2) von Lengwethen an der zu 1. bezeichneten Staatsstraße nach dem bei Szillen zu errichtenden Bahnhofe der Insterburg-Tilsiter Eisenbahn, 3) von Kraupischken an derselben Staatsstraße bis zur Insterburger Kreisgrenze in der Richtung auf Seßlacken.

Nachdem Ich durch Meinen Erlass vom heutigen Tage den chausseemäßigen Ausbau der Straßen im Kreise Ragnit, Regierungsbezirk Gumbinnen: 1) von Tussainen an der Tilsit-Gumbinner Staatsstraße über Lobellen und Neu-Eggleninken bis zur Pillkaller Kreisgrenze in der Richtung auf Lasdehnen, 2) von Lengwethen an der zu 1. bezeichneten Staatsstraße nach dem bei Szillen zu errichtenden Bahnhofe der Insterburg-Tilsiter Eisenbahn, 3) von Kraupischken an derselben Staatsstraße bis zur Insterburger Kreisgrenze in der Richtung auf Seßlacken, genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Ragnit das Expropriationsrecht für die zu diesen Chausseen erforderlichen Grundstücke, ingleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Bergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 25. April 1864.

Wilhelm.

v. Bodelschingh. Gr. v. Jenpliz.

An den Finanzminister und den Minister für Handel,
Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

(Nr. 5888.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Kreises Ragnit im Betrage von 112,100 Thalern. Vom 25. April 1864.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Kreises Ragnit auf dem Kreistage vom 31. August 1863. beschlossen worden, die zur Ausführung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten erforderlichen Geldmittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 112,100 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 112,100 Thalern, in Buchstaben: Einhundert und zwölftausend Einhundert Thalern, welche in folgenden Alpoints:

37,400	Thaler	zu	200	Thaler,
56,000	"	"	100	"
18,700	"	"	50	"
<hr/>				
= 112,100 Thaler,				

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1865. ab mit wenigstens jährlich Einem Prozent des Kapitals und dem Betrage der durch die fortsschreitende Amortisation ersparten Zinsen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 25. April 1864.

(L. S.) **Wilhelm.**

v. Bodelschwingsh. Gr. v. Izenplis. Gr. zu Eulenburg.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Obligation des Kreises Ragnit

Litt. №

über

..... Thaler Preußisch Kurant.

Auf Grund der unterm bestätigten Kreistagsbeschlüsse vom 31. August 1863. wegen Aufnahme einer Schuld von 112,100 Thalern bekannt sich der kreisständische Finanzausschuss für den Chausseebau des Kreises Ragnit Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnsschuld von Thalern Preußisch Kurant, welcher Betrag an den Kreis baar gezahlt werden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 112,100 Thalern geschieht vom Jahre 1865. ab allmälig aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfonds von wenigstens einem Prozent des ganzen Kapitals jährlich unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldraten.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1865. ab in dem Monate Juni jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgelosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Gumbinnen, sowie in einer zu Gumbinnen und in einer zu Königsberg erscheinenden Zeitung.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 1. Juli jeden Jahres, von heute an gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei der Kreis-Kommunalkasse in Ragnit, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurück zu liefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Jahres der Fälligkeit nicht erhobenen Zinsen, verfahren zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 51. §. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Ragnit.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisiert werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der ange meldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung aus gezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunalkasse zu Ragnit gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie bedruckten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Ragnit, den ..^{ten} 18..

Der freistaatliche Finanzausschuss für den Chausseebau im
Kreise Ragnit.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Erster bis Zins = Kupon Serie

zu der

Kreis = Obligation des Kreises Ragnit

Litr. № über Thaler zu Prozent Zinsen
über Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom .. ten bis resp. vom .. ten bis und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreisobligation für das Halbjahr vom bis mit (Buchstaben) Thaler Silbergroschen bei der Kreis-Kommunalkasse zu Ragnit.

Ragnit, den .. ten 18..

Der freiständische Finanz-Ausschuß für den Chausseebau im Kreise Ragnit.

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren, vom Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit ab gerechnet, erhoben wird.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

T a l o n

zur

Kreis - Obligation des Kreises Ragnit.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Kreises Ragnit Littr. № über Thaler à Prozent Zinsen die .. te Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-Kommunalkasse zu Ragnit, sofern nicht von dem als solchen legitimirten Inhaber der Obligation rechtzeitig dagegen Widerspruch erhoben ist.

Ragnit, den .. ten 18..

Der freiständische Finanz-Ausschuß für den Chausseebau im Kreise Ragnit.

(Nr. 5889.) Allerhöchster Erlass vom 25. April 1864., betreffend die Verleihung der fis-
kalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chausseen im
Kreise Johannisburg, Regierungsbezirk Gumbinnen: 1) von Johannisburg
nach der Stadt Bialla, 2) von Bialla über Drygallen nach Arys, 3) von
Drygallen bis zur Lycker Kreisgrenze in der Richtung auf Lyck.

Nachdem Ich durch Meinen Erlass vom heutigen Tage den von dem Kreise Johannisburg, im Regierungsbezirk Gumbinnen, beabsichtigten Bau der Chausseen: 1) von Johannisburg nach der Stadt Bialla, 2) von Bialla über Drygallen nach Arys, 3) von Drygallen bis zur Lycker Kreisgrenze in der Richtung auf Lyck, genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Johannisburg das Expropriationsrecht für die zu diesen Chausseen erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Bergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 25. April 1864.

Wilhelm.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Ikenpliç.

An den Finanzminister und den Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten.

(Nr. 5890.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Johannisburger Kreises im Betrage von 80,000 Thalern. Vom 25. April 1864.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Johannisburger Kreises auf den Kreistagen vom 20. Dezember 1862. und 14. Oktober 1863. beschlossen worden, die zur Ausführung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten erforderlichen Geldmittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 80,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 80,000 Thalern, in Buchstaben: achtzig tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

15,000	Thaler à 1000	Thaler —	15	Stück,
22,500	" à 500	" —	45	"
30,000	" à 100	" —	300	"
10,000	" à 50	" —	200	"
2,500	" à 25	" —	100	"
<hr/>			660	Stück,
= 80,000 Thaler,				

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Voos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1866. ab mit wenigstens jährlich zwei Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Übertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 25. April 1864.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bodelschw. Gr. v. Jenpl. Gr. zu Eulenburg.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Obligation
des Johannisburger Kreises
Littr. №
über Thaler Preußisch Kurant.

Auf Grund der unterm bestätigten Kreistagsbeschlüsse vom 20. Dezember 1862. und 14. Oktober 1863. wegen Aufnahme einer Schuldb von 80,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission für den Chausseebau des Johannisburger Kreises Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnsschuld von Thalern Preußisch Kurant, welcher Betrag an den Kreis baar gezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuldb von 80,000 Thalern geschieht vom Jahre 1866. ab allmälig innerhalb eines Zeitraums von 26 Jahren aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfonds von wenigstens zwei Prozent des ganzen Kapitals jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldrationen.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1866. ab in dem Monate Januar jedes Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämmtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgelosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Gumbinnen, sowie in einer Königsberger Zeitung.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 1. Juli, mit fünf Prozent jährlich verzinset.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei der Kreis-Kommunalkasse in Johannisburg, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Jahres der Fälligkeit nicht erhobenen Zinsen, verjährten zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Th. I. Tit. 51. §. 120. seq. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Johannisburg.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisiert werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der ange meldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung aus gezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunalkasse zu Johannisburg gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beige drückten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Aussertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Johannisburg, den ..^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Chauffeebau des
Johannisburger Kreises.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Z i n s = K u p o n

zu der

Kreis - Obligation des Johannisburger Kreises

Littr. № über Thaler zu fünf Prozent Zinsen
über Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe in
der Zeit vom 1. Januar bis ult. Juni resp. vom 1. Juli bis ult. Dezember
und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreisobligation für das Halbjahr
vom bis mit (in Buchstaben) Thaler Silber-
groschen bei der Kreis - Kommunalkasse zu Johannisburg.

Johannisburg, den ..^{ten} 18..

Die ständische Kreis - Kommission für den Chausseebau des
Johannisburger Kreises.

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen
Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren, vom
Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit ab
gerechnet, erhoben wird.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

T a l o n

zur

Kreis - Obligation des Johannisburger Kreises.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der
Obligation des Johannisburger Kreises

Littr. № über Thaler à fünf Prozent Zinsen
die ... Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-
Kommunalkasse zu Johannisburg, in sofern dagegen nicht von dem als solchen
legitimirten Inhaber der Obligation rechtzeitig Widerspruch erhoben ist.

Johannisburg, den ..^{ten} 18..

Die ständische Kreis - Kommission für den Chausseebau des
Johannisburger Kreises.

(Nr. 5891.) Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes im Betrage von 60,000 Thalern. Vom 2. Mai 1864.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u.

Nachdem von dem Breslau-Odervorstädtischen Deichverbande beschlossen worden, im Wege einer Anleihe durch Obligationen, welche auf jeden Inhaber lauten, die zum Ausbau seiner Deiche und zur Tilgung der dazu bisher kontrahirten Darlehne erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag des Deichamtes:

zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen im Betrage von 60,000 Thalern ausstellen zu dürfen,

da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 60,000 Thalern, sechzig Tausend Thalern, welche in

30 Stück à 500 Thaler,
350 " à 100 " und
200 " à 50 "

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe der Deichkassenbeiträge des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes mit vier und einem halben Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Voos zu bestimmenden Folgeordnung vom 1. Januar 1865. ab alljährlich mit wenigstens Einem Prozent des Kapitals unter Zuwachs der durch die fortschreitende Amortisation sich ergebenden Zinsersparnisse zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 2. Mai 1864.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bodelschw. gr. v. Jenpl. v. Selchow.

Provinz Schlesien, Regierungsbezirk Breslau.

O b l i g a t i o n
des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes
Nr. über Thaler Preußisch Kurant.

(Trockener Stempel.)

Der Breslau-Odervorstädtische Deichverband verschuldet dem Inhaber dieser, Seitens des Gläubigers unkündbaren Verschreibung die Summe von Thalern, deren Empfang das unterzeichnete Deichamt bescheinigt.

Diese Schuldsumme bildet einen Theil des zur Ausführung seiner Deichbauten von dem Deichverbande in Gemäßheit des Allerhöchsten Privilegiums vom .. ten 1864. (Gesetz-Sammel. vom Jahre 1864. S. ...) aufgenommenen Gesamtdarlehns von sechzig Tausend Thalern. Die Rückzahlung der Schuld geschieht vom 1. Januar 1865. ab allmälig aus einem hierzu durch Beiträge der Deichgenossen und die Zinsen der abgezahlten Kapitalbeträge gebildeten Tiligungsfonds mit mindestens Einem Prozent des aufgenommenen Gesamtkapitals.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Los bestimmt.

Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1865. ab im Monat Juni jeden Jahres, zuerst im Juni 1865., und die Auszahlung des Kapitals und der Zinsen erfolgt dann am 31. Dezember desselben Jahres. Der Verband behält sich jedoch das Recht vor, nach Ablauf von vier Jahren den Tiligungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgelosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Nummern und ihres Betrages, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Preußischen Staatsanzeiger, der Schlesischen Zeitung und dem Breslauer Regierungsblatte. Sollte eines oder das andere der bezeichneten Blätter eingehen, so bestimmt der Oberpräsident der Provinz Schlesien, in welchem anderen Blatte die Bekanntmachung erfolgen soll.

Bis zu dem Tage, wo solcher Gestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, in der ersten Woche des Januar und Juli, von heute an gerechnet, mit vier und einem halben Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei dem Schlesischen Bankvereine in Breslau, in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Sollte ein anderes Bankhaus oder die Deichkasse mit der Auszahlung beauftragt werden, so wird dies in den vorgedachten Zeitschriften bekannt gemacht werden.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Kupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gefündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nicht erhobenen Zinsen, verjährten zu Gunsten des Verbandes.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 51. §§. 120. sequ. bei dem Königlichen Stadtgerichte zu Breslau.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisiert werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Deichamte anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährliche Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres 1870. ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei dem Schlesischen Bankvereine in Breslau gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigedrückten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Verband mit seinem Grundvermögen, sowie mit den Beiträgen, welche auf Grund der §§. 6. und 7. des Allerhöchst vollzogenen Statuts vom 18. November 1861. (Gesetz-Samml. vom Jahre 1861. S. 823.) von den Deichgenossen erhoben werden.

Dessen zu Urkund haben wir diese Aussertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Breslau, den .. ten 18..

Das Deichamt des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes.
(Unterschrift dreier Mitglieder.)

Eingetragen im Register №

(Unterschrift des Deichrentmeisters.)

Provinz Schlesien, Regierungsbezirk Breslau.

Ser. № Zins-Kupon über .. Thlr. ... Sgr. ... Pf.

zur

Obligation des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes

№ über Thlr. zu 4½ Prozent.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe am .. ten 18.. und später die Zinsen der vorbemerkten Obligation für das Halbjahr vom .. ten 18.. bis zum .. ten 18.. mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen Pfennigen bei dem Schlesischen Bankvereine zu Breslau. Wenn eine andere Kasse mit der Zahlung beauftragt werden sollte, so wird das später bekannt gemacht.

Breslau, den .. ten 18..

Das Deichamt des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes.

(Faksimile der Unterschrift dreier Mitglieder.)

Dieser Zinskupon wird ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren, (Trockener Stempel.) Eingetragen im Register № vom Tage der Fälligkeit ab, erhoben wird. (Faksimile der Unterschrift des Deichrentmeisters.)

Provinz Schlesien, Regierungsbezirk Breslau.

T a l o n.

Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes

№ über Thaler

die .. te Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei dem Schlesischen Bankvereine zu Breslau. Wenn eine andere Kasse mit der Aushändigung beauftragt werden sollte, so wird das später bekannt gemacht.

Breslau, den .. ten 18..

Das Deichamt des Breslau-Odervorstädtischen Deichverbandes.

(Faksimile der Unterschrift dreier Mitglieder.)

(Trockener Stempel.)

(Die Aushändigung der Kupons bleibt bis zum Nachweise der Empfangsberechtigung ausgesetzt, wenn der Inhaber der Obligation den Talon als verloren gegangen anzeigt, und rechtzeitig gegen die Aushändigung der Kupons an den Präsentanten des Talons bei dem Deichhauptmann protestiert.)

(Nr. 5892.) Allerhöchster Erlass vom 2. Mai 1864., betreffend die Verleihung der fiskalischen
Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von
Pleschen über Brzezie und Tursko bis zur Russisch-Polnischen Grenze
hinter Boguslaw.

Nachdem Ich durch Meinen Erlass vom heutigen Tage den Bau einer Kreis-Chaussee von Pleschen, im Kreise Pleschen, Regierungsbezirk Posen, über Brzezie und Tursko bis zur Russisch-Polnischen Grenze hinter Boguslaw genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Pleschen das Expropriationsrecht für die zu dieser Chaussee erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straße. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tariffs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Ber-gehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 2. Mai 1864.

Wilhelm.

v. Bodelschw. Gr. v. Ikenpl. b.

An den Finanzminister und den Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten.

Rebigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gebrückt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(M. v. Deder).